

EINE PERMANENTE DEMOKRATISCHE MEHRHEIT?

Roman Sehling

Die Präsidentschaftswahl 2008 wird mit einer Reihe von Superlativen in die Geschichte eingehen. Es handelte sich um den längsten, teuersten und wahrscheinlich am meisten kommunizierten Wahlkampf. Auch wenn es keine Rekordwahlbeteiligung an den Wahlurnen gab, so wurden doch Millionen neuer Wähler registriert, Millionen von YouTube-Videos mit politischem Inhalt konsumiert, kommentiert und weitergeleitet. Dabei hat der *President-elect* die Chance nutzen können, mit seinem Charisma, mit seinem politischen Programm und anhand des Internets eine Bewegung zu kreieren und damit den Grundstein für eine anhaltende Demokratische Mehrheit zu legen.

SCHLECHTESTE VORAUSSETZUNGEN FÜR REPUBLIKANER

Der Republikanische Senator John Ensign, Vorsitzender des National Republican Senatorial Committee und zuständig für die Koordinierung des Wahlkampfes unter den Senatoren seiner Partei, erklärte, dass seine Partei einer schlechteren politischen Stimmung ausgesetzt war als nach dem Watergate-Skandal 1972.¹



Roman Sehling ist Program Officer bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington. Er arbeitet über transatlantische Themen im Bereich der Außen- und Entwicklungspolitik, war aber auch für die tägliche Berichterstattung zur US-Präsidentschaftswahl auf dem KAS-Blog (www.kas.de/uswahlen2008) zuständig. Er hat an der Georgetown University, dem Moscow State Institute of International Relations und der Denison University studiert.

1 | Grynbaum und Herszenhorn, *New York Times*, 5. November 2008.

Der Präsidentschaftswahlkampf 2008 in den USA war der längste und der teuerste in der Geschichte des Landes. Und es war einer, bei dem die Kandidaten, vor allem Wahlsieger Obama, erstmals flächendeckend das Internet und andere moderne Kommunikationsmittel wie SMS und E-Mail, Blogs, Facebook und anderes einsetzten. Die Erfolge der Demokraten waren beachtlich. Die Republikaner, geschwächt durch die Unbeliebtheit George W. Bushs und den frühen Verzicht zahlreicher ihrer Kongressabgeordneter auf eine Wiederwahl, hatten von Anfang an kaum Chancen. Obama war es gelungen, im Osten und im Westen zu punkten, soziale Gruppen wie Frauen und Jugendliche, Latinos, Afrikoamerikaner und Religiöse zu überzeugen sowie sich in den Vororten, der neuen Mitte der USA, zu etablieren. Sind die Republikaner dauerhaft auf Platz zwei verbannt, nach einem insgesamt unkoordinierten, schwachen Wahlkampf ihres Kandidaten McCain und dessen *running mate*, der umstrittenen Sarah Palin? Das Land wird wohl auch künftig „center-right“ und der jüngste Absturz der Grand Old Party temporär bleiben. Wollen die Demokraten ihre derzeit starke Position halten, werden sie die politische Mitte nicht aus den Augen verlieren.

Die Zustimmungswerte von George W. Bush hatten fast historische Tiefststände erreicht, so dass der Präsident nur in den Werbespots der Demokraten auftauchte (und McCains wahrer *running mate* wurde).² Nur fünf Prozent der Bevölkerung sahen der Zukunft des Landes optimistisch entgegen.³ Es überraschte daher nicht, dass sich 29 Republikanische Kongressabgeordnete entschlossen, dieses Jahr nicht wieder anzutreten.⁴ Damit waren rund 53 von insgesamt 435 Sitzen im Abgeordnetenhaus ernsthaft umkämpft, wobei ganze 22 Sitze erst in den letzten Wochen aufgrund der Wirtschaftskrise zu dieser Kategorie gezählt wurden.⁵

Den Republikaner blieb nichts übrig, als in die Defensive zu gehen und ganze Regionen kampfflos an die Demokraten abzutreten: Republikanische Kandidaten im Nordosten (New York, Connecticut) und Westen der USA (Arizona, New Mexico) wurden finanziell nicht unterstützt, um die Mittel für die aussichtsreicheren, „sichereren“ Wahlkreise zur Verfügung zu haben. Diese Entscheidung war notwendig geworden, da die Republikaner bei diesen Wahlen wesentlich weniger Spenden sammeln konnten als in der Vergangenheit. Damit hatte sich ein Teufelskreis gebildet: ein schlechtes Wahljahr bedingte weniger Chancen auf Erfolg und Spenden für die Partei, was zu einem Mangel an Spitzenkandidaten führte, was wiederum den Spendenfluss minderte.

Laut Steve Schmidt, dem Wahlkampfmanager McCains, ist es unwahrscheinlich, dass ein anderer Kandidat in einer schlechteren Ausgangslage antreten musste: Präsident Bushs Unbeliebtheit, die Unbeliebtheit der Partei. Keinem anderen Kandidaten wurde je ein so schlechtes Blatt gegeben. Er glaubt jedoch nicht, dass ein anderer Republikanischer Kandidat als McCain die Wahl hätte gewinnen können.⁶

IT'S THE ECONOMY, STUPID

Zum unbestrittenen Top-Thema der Wahlen wurde in den letzten Monaten die Wirtschaft: Den *exit polls* zufolge waren 62 Prozent der Wähler dieser Ansicht. Diese Mehrheit der

2 | Sullivan, Associated Press, 4. November 2008.

3 | Shear, *Washington Post*, 6. November 2008.

4 | Murray, *Roll Call*, 4. November 2008.

5 | Attkisson, CBS Evening News, 4. November 2008.

6 | Curl, *Washington Times*, 5. November 2008, und Shear, *Washington Post*, 6. November 2008.

Wählerschaft favorisierte Senator Obama zu 53 Prozent gegenüber Senator McCain mit 45 Prozent – ein Ergebnis, welches dem Endergebnis von 52,9 zu 45,7 Prozent sehr nahe kam. Nur bei zehn Prozent der Wähler hatte der Irak-Krieg Priorität, gefolgt von Terrorismus und Krankenversicherung mit neun Prozent. Die Wähler, für die der Irak Priorität hatte, waren Kriegsgegner und wählten mehrheitlich Obama. Befürworter des Krieges waren anscheinend aufgrund des Erfolgs im letzten Jahr im Irak weniger damit beschäftigt. Dafür konnte McCain bei den Wählern punkten, für die Terrorismus das Spitzenthema war. Sie bevorzugten ihn im Verhältnis von sechs zu eins.

Im Wahljahr 2004 war keine derartig klare Schwerpunktsetzung unter den Themen festzustellen. Damals lagen Wirtschaft und Terrorismus fast gleichauf mit 20 bzw. 19 Prozent, Wertvorstellungen lagen an erster Stelle mit 22 Prozent und der Irak-Krieg hatte für 15 Prozent der Wähler Priorität. Vor acht Jahren waren die Relevanz der Themen um Wirtschaft, Steuern, Bildung und Altersvorsorge ebenfalls relativ ausgeglichen.⁷

FEELING BLUE ALL ACROSS

Auch wenn der erwartete Erdrutschsieg Obamas nicht stattfand, so sind Obamas Resultate dennoch beeindruckend. Er konnte eine Koalition aus Minderheiten, den unter 30-jährigen, Frauen und Wählern mit Universitätsabschluss bilden und damit in fast allen Teilen des Landes den Rückstand gegenüber den Republikanern verringern bzw. in einen Vorsprung verwandeln.

Zu Beginn des Wahlkampfes wurde innerhalb der Demokratischen Partei debattiert, inwiefern entweder der Süden oder der Westen „erschlossen“ werden sollte. Wie sich am Wahlabend zeigte, hatte es Obama geschafft, in beiden Regionen zu punkten: sowohl Virginia, North Carolina und Florida als auch Colorado, New Mexico und Nevada stimmten mehrheitlich für ihn. Weder John Kerry noch Al Gore konnten dies bewerkstelligen – und jetzt war ein schwarzer „Linker“ aus dem Norden in mehreren Südstaaten wettbewerbsfähig.⁸ Inse-

7 | Davis, *Wall Street Journal*, 5. November 2008, und Kuhn, *Politico*, 5. November 2008.

8 | Breed, *Associated Press*, 5. November 2008, und Greenfield, *CBS*, 4. November 2008.

samt konnte Obama damit Mehrheiten in neun Bundesstaaten gewinnen, die 2004 noch für George W. Bush gestimmt hatten – darunter auch drei Staaten im Mittleren Westen des Landes: Ohio, Indiana und Iowa.⁹ (Fünf dieser neun Staaten hatten Präsident Bush sogar zwei Mal zum Sieg verholten.)

Keiner hatte vor einem Jahr damit gerechnet, dass so viele Staaten ernsthaft umkämpft sein würden.¹⁰ Dank Obamas *coat tails* wurden Demokratische Senatoren in North Carolina, New Hampshire, Virginia, Oregon, Colorado und New Mexico gewählt.¹¹ Allerdings konnten die Republikaner den Sitz ihres Mehrheitsführers im Senat halten – Mitch McConnell wurde in Kentucky wiedergewählt, der Sitz des ehemaligen Mehrheitsführers Trent Lott konnte in Mississippi ebenfalls gehalten werden, wobei auch Georgia nach einer Neuwahl in Republikanischer Hand bleibt. (Das einzige Ziel Republikanischer Übernahmehoffnungen war Mary Landrieu in Louisiana, die sich jedoch verteidigen konnte.)¹²

Obama schaffte es, nicht nur in einigen Regionen des Südens zuzulegen, sondern generell besser als Kerry in den konservativen und ländlichen Regionen des Landes abzuschließen.

Obama schaffte es allerdings, nicht nur in einigen Regionen des Südens zuzulegen, sondern generell besser als Kerry in den konservativen und ländlichen Regionen des Landes abzuschließen. Damit konnte er in einigen Bundesstaaten McCains Strategie neutralisieren, durch

einen größeren Vorsprung im (konservativen und ländlichen) Südwesten und Südosten Obamas Vorteil in den urbanen Zentren auszuschalten.¹³ Die Demokraten konnten dabei gerade in den *exurbs* und *suburbs* aufholen bzw. aufschließen, wo die gemäßigten Wähler mit Universitäts-Abschluss wohnen. Obama erlangte 50 Prozent der Stimmen in den *suburbs*, drei Prozentpunkte mehr als Kerry und den höchsten Wert für einen Demokraten seit der Einführung von *exit polls* im Jahre 1972.¹⁴ Im Wahljahr 2004 konnten die Republikaner in diesen Gebieten noch entscheidende Mehrheiten erringen, was Carl Rove zum Anlass nahm, um von der Ankunft einer

9 | Baker und Rodriguez, Associated Press, 7. November 2008.

10 | Blake, *The Hill*, 4. November 2008, und Gibson, ABC World News, 3. November 2008.

11 | Die Senatswahl in Minnesota war bei Abschluss des Manuskripts noch nicht entschieden. Für den Wahlerfolg der Demokraten in Alaska war der Korruptionsskandal um den Republikanischen Senator Ted Stevens wahrscheinlich ausschlaggebender.

12 | Raum, Associated Press, 5. November 2008.

13 | Dade, *Wall Street Journal*, 6. November 2008.

14 | Macgillis und Cohen, *Washington Post*, 6. November 2008.

„permanent Republican majority“ zu sprechen.¹⁵ Allerdings wirkte sich die Hypothekenkrise gerade in diesen Gebieten am verheerendsten aus, so dass McCain auch hier Verluste hinnehmen musste.

Robert Lang vom Metropolitan Institute der Virginia Tech University weist aber darauf hin, dass die Vororte momentan die politische Mitte der USA stellten. Mit einer sich (für die Republikaner ungünstig) verändernden urbanen Bevölkerung sowie schnell wachsenden suburbanen Regionen gebe es zwei wichtige Barometer für die Zukunft. Die Republikaner kamen mit ihrer Botschaft von Kleinstadt-Werten in den Vororten nicht an, Obamas Team hingegen betrieb viel Wahlkampf und war durch Freiwillige in den größeren und kleineren urbanen Gegenden zudem wesentlich stärker präsent – und dort leben mehr als 90 Prozent der Amerikaner.¹⁶ Im Jahr 2004 konnte Bush in 97 von 100 der am schnellsten wachsenden Wahlkreise noch die Mehrheit holen. Obama konnte dieses Jahr immerhin 15 für sich entscheiden und in einer Vielzahl der Wahlkreise ernsthaft aufholen. So verbesserte er Kerrys Werte in 94 Kreisen, wobei der Anteil der Demokratischen Stimmen in insgesamt 29 Kreisen um acht oder mehr Prozentpunkte anstieg.¹⁷

Bedeutend ist dabei, dass Obama gerade in Staaten gewinnen konnte, die langfristig wichtiger werden.

Das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum in Colorado, Nevada, Virginia und North Carolina manifestiert sich nun auch in wachsender politischer Bedeutung. Auch wenn Ohio und Pennsylvania seinen Sieg besiegelten, so hätte er eine Niederlage in diesen beiden *old economy*-Bundesstaaten mit seinen Erfolgen in Virginia, Colorado und Nevada wieder wettgemacht.

Das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum in Colorado, Nevada, Virginia und North Carolina manifestiert sich nun auch in wachsender politischer Bedeutung.

MINORITIES, WOMEN, YOUTH & COLLEGE EDUCATED

Obama konnte die Mehrheit der Stimmen weiblicher, schwarzer, hispanischer und jugendlicher Wähler für sich gewinnen. Hinzu kam, dass er auch von weißen Wählern mit Universi-

15 | Macgillis und Cohen, *Washington Post*, 6. November 2008.

16 | Lakshamanan, *Bloomberg News*, 6. November 2008.

17 | Mahtesian, *Politico*, 10. November 2008.

tätsabschluss genügend Stimmen bekam, um einen Sieg McCains unmöglich zu machen.

Auch wenn Obama „nur“ 43 Prozent der weißen Wähler von sich überzeugen konnte (im Vergleich zu McCains 55 Prozentanteil bei dieser Wählergruppe), so konnte er wesentlich besser bei ihnen abschließen, als seine weißen Vorgänger.¹⁸ Bedeutend ist dabei auch, dass diese Wählergruppe aufgrund sinkender Geburtenraten zum ersten Mal weniger als 75 Prozent der Wählerschaft ausmachte (74 Prozent), was langfristig eine große Herausforderung für die Republikaner werden dürfte.¹⁹ Vom viel beschworenen Bradley-Effekt war nichts zu vernehmen, so Meinungsforscher Mark Blumenthal.²⁰

Stattdessen kam es zu einer höheren Wahlbeteiligung unter Afroamerikanern. Insbesondere in Georgia, Missouri und Nevada erhöhte sich ihre Wahlteilnahme, auch wenn diese in anderen wichtigen Bundesstaaten wie North Carolina, Pennsylvania und Virginia abnahm oder gleich blieb. Dabei konnte Obama wie erwartet bei dieser Wählergruppe einen Stimmenzuwachs gegenüber Kerry verzeichnen: er erhielt 95 Prozent gegenüber Kerrys 88 Prozent der afroamerikanischen Stimmen im Jahr 2004.²¹

Im Jahr 2004 kamen 7,4 Millionen Latinos zu den Wahlen, die zwar zu knapp 50 Prozent für John Kerry stimmten, jedoch auch mit 43 Prozent für George W. Bush. Dieses Jahr stieg ihre Zahl auf zehn Millionen an, wobei sie mit rund 67 zu 31 Prozent für Obama votierten. Im Gegensatz zu der Berichterstattung während der Vorwahlen hatten Lateinamerikaner anscheinend keine Probleme damit, einen Afroamerikaner zum Präsidenten zu wählen.²² Die Wahlbeteiligung war vor Allem bei Erstwählern und jüngst Eingebürgerten gestiegen, die die Republikanische Partei eher als Einwanderungsgegner in Erinnerung haben.²³

Im Gegensatz zu der Berichterstattung während der Vorwahlen hatten Lateinamerikaner anscheinend keine Probleme damit, einen Afroamerikaner zum Präsidenten zu wählen.

18 | Sawyer, ABC News, 4. November 2008.

19 | Rothenberg, *Roll Call*, 10. November 2008.

20 | Zernike und Sussman, *New York Times*, 6. November 2008.

21 | Curry, NBC News, 5. November 2008, und Associated Press, 10. November 2008, und Brownstein, *National Journal*, 11. November 2008.

22 | Berater in Hillary Clintons Wahlkampfteam hatten diesbezügliche Warnungen geäußert im indirekten Hinblick auf die Wahlchancen Obamas im Vergleich zu Clinton.

23 | Preston, *New York Times*, 7. November 2008.

Allerdings waren die Stimmen der Latinos nicht nur im Südwesten der USA von Bedeutung (wie z.B. in Nevada, Colorado und New Mexico), sondern auch Virginia, Indiana und Pennsylvania, wo sie knapp fünf Prozent der Wählerschaft stellen.²⁴ In Florida, wo Lateinamerikaner 14 Prozent der Bevölkerung ausmachen, hatte Bush 2004 einen Vorsprung von zwölf Prozentpunkten. In diesem Wahlgang konnte Obama mit 15 Prozentpunkten Vorsprung (57 zu 42 Prozent) bei dieser Wählergruppe gewinnen.²⁵ Damit können die Demokraten in Florida möglicherweise langfristig Fuß fassen: Aufgrund der gestiegenen Vielfalt der Lateinamerikaner kommt den *Cuban Americans* in künftigen Wahlkämpfen eine geringere Bedeutung zu.²⁶ Gerade die Älteren unter ihnen unterstützten noch zu 84 Prozent McCain, während die unter 30-jährigen zu 55 Prozent für Obama votierten.²⁷

Auch wenn immerhin 66 Prozent der unter 30-jährigen wählten, so erhöhte sich ihr Anteil an der Wählerschaft nur von 17 Prozent im Jahr 2004 auf 18 Prozent in diesem Jahr. Von langfristiger Bedeutung ist dabei, dass Obama 61 Prozent der unter 30-jährigen für sich gewinnen konnte, während McCain nur auf 31 Prozent kam. Das ist seit 1972 der größte prozentuale Vorsprung, den ein Kandidat erreichen konnte, und könnte den effektiven Verlust einer Generation für die Republikaner bedeuten. Laut Jeff Greenfield haben ihre Stimmen Obama geholfen, in Ohio und North Carolina zu gewinnen.²⁹ McCain konnte dafür bei den über 60-jährigen eine knappe Mehrheit erringen. Diese Gruppe macht zwar knapp 20 Prozent der Wähler aus, ist aber letztlich nur fast genauso zahlenstark wie die Wählergruppe der unter 30-jährigen.³⁰

ON RELIGION

Unter religiösen Wählern konnte Obama im Vergleich zu Kerrys Ergebnis 2004 nicht nur durchweg aufholen, sondern insge-

24 | Jordan und Eaton, *Wall Street Journal*, 6. November 2008, und Williams, *NBC Nightly News*, 6. November 2008.

25 | Lawrence, *USA Today*, 6. November 2008, und Amandi, *St. Petersburg Times*, 5. November 2008.

26 | Ramos und Kunerth, *Orlando Sentinel*, 7. November 2008.

27 | Letzteres Beispiel basiert auf Meinungsumfragen in Miami Dade County, wo ein besonders hoher Anteil von *Cuban Americans* lebt. Woods, *Miami Herald*, 6. November 2008.

28 | Curry, *NBC News*, 5. November 2008, und Associated Press, 10. November 2008, und Cass, *Associated Press*, 5. November 2008.

29 | Couric, *CBS Nightly News*, 6. November 2008.

30 | Curry, *NBC News*, 5. November 2008, und Associated Press, 10. November 2008, und Cass, *Associated Press*, 5. November 2008.

Obama gewann die Mehrheit der Stimmen der Katholiken mit 54 zu 45 Prozent und konnte eine generelle Zunahme an Stimmen von regelmäßigen Kirchgängern verzeichnen.

samt sogar die Mehrheit erringen. Er gewann die Mehrheit der Stimmen der Katholiken mit 54 zu 45 Prozent, konnte eine generelle Zunahme an Stimmen von regelmäßigen Kirchgängern verzeichnen und McCains Vorsprung

bei den Protestanten, selbst bei den Evangelikalen, verringern.³¹

Weißer Evangelikale stimmten mit 73 zu 26 Prozent für John McCain und machten fast ein Viertel der Wählerschaft aus. Ihr Anteil an der Wahlbeteiligung war etwas größer als 2004, wobei sie damals George W. Bush mit weiteren vier Prozentpunkten unterstützten. Im Vergleich zu Kerry konnte Obama 2008 bei dieser Wählergruppe einen Zuwachs von drei Prozentpunkten erreichen und insbesondere in Florida, Indiana, Michigan, Pennsylvania und in Virginia punkten. Senator McCain musste Einbußen gerade bei den weißen Evangelikalen in *swing states* wie Ohio und Colorado hinnehmen.³² Obamas genereller Stimmenzuwachs lässt sich mit einem beachtlichen Stimmenanteil bei weißen, unter 30-jährigen Evangelikalen erklären. Im Vergleich zu Kerry verdoppelten sich die Stimmen für ihn bei dieser Gruppe, eine fast genauso starke Verbesserung konnte er auch unter den 30- bis 44-jährigen verzeichnen.³³

John Green vom Pew Forum on Religion and Public Life weist auf den ausgeprägten Unterschied zwischen weißen und nicht-weißen Religiösen hin.³⁴ Weiße Katholiken stimmten für McCain mit einer geringen Mehrheit von 52 zu 47 Prozent, Obamas Vorsprung bei Katholiken generell erklärt sich mit dem besseren Abschneiden bei lateinamerikanischen Katholiken.³⁵ Ähnliches ist auch bei den Protestanten zu beobachten. Zu dieser Gruppe zählen u.a. auch die Evangelikalen. Insgesamt konnte Obama 45 Prozent der Stimmen der Protestanten erhalten, diese Verbesserung ist mit den zahlreichen schwarzen Religiösen zu erklären.³⁶ Interessanterweise hat-

31 | Sataline, *Wall Street Journal*, 6. November 2008.

32 | Gorski, *Associated Press*, 6. November 2008.

33 | Goodstein, *New York Times*, 7. November 2008.

34 | „Deep racial divide,” *Associated Press*, 7. November 2008, und Green, „Pew Forum: How the faithful voted,” *Pew Forum on Religion and Public Life*, Webseite.

35 | Gibson, *ABC World News*, 6. November 2008.

36 | Heagney, *Columbus Dispatch*, 6. November 2008, und Green, *Pew Forum: How the faithful voted*, *Pew Forum on Religion and Public Life*, Webseite.

ten jüdische Wähler ebenfalls nicht das vielbeschworene Problem mit einem schwarzen Kandidaten. Sie votierten mit 77 zu 22 Prozent klar für ihn, was sogar einen Zuwachs von drei Prozentpunkten gegenüber Kerrys Ergebnis darstellte.³⁷

GRAND OUTDATED PARTY?

Die Grand Old Party ist mit diesem Ergebnis deutlich weniger *grand*, stattdessen *alt*, weiß, ohne Universitätsabschluss und vor allem in den ländlichen Regionen des Deep South, der Great Plains und der Appalachen anzutreffen.

Währenddessen werden die USA ethnisch vielfältiger, suburbaner und zunehmend beeinflusst von der Generation der *post-baby boomers*. Diese wurden nicht mehr durch die Vietnamjahre und die *culture wars* der sechziger Jahre geprägt. Auf sie projizierten die Republikaner in den letzten acht Jahren ein Image von Politikern, die korrupt, inkompetent und ohne Werte seien, so Jonathan Martin vom *Politico*.

Die USA werden ethnisch vielfältiger, suburbaner und zunehmend beeinflusst von der Generation der *post-baby boomers*.

Die Bevölkerung sieht nun eindeutig die Demokraten als fähiger bei ehemals Republikanischen Kompetenzbereichen wie der Finanzkrise, der Verringerung von Staatsverschuldung und Staatsausgaben sowie Steuersenkungen für die Mittelklasse – dabei wurde die Umfrage von der konservativen Organisation American Issues Project in Ohio, Virginia, Florida und Colorado durchgeführt. Alle vier waren Bundesstaaten, die 2004 Bush zum Sieg verhalfen und jetzt in Obamas Lager waren.³⁸

DER ERSTE YOUTUBE PRÄSIDENT – WAHLKAMPF

Ganz gleich was die Zukunft bringen wird, *President-elect* Barack Obama hat auf dem Gebiet des Wahlkampfes bereits Geschichte geschrieben. In erster Linie werden dabei gerne seine sensationellen Spendeneinnahmen in Höhe von 750 Millionen Dollar angeführt. Diese sind jedoch Ergebnis der Arbeit von Millionen von Freiwilligen, denen man deshalb die ihnen zustehende Aufmerksamkeit nicht versagen sollte. Sie konnten sich Dank Obamas Technologie-Freundlichkeit auf ein-

37 | Dieses „Problem“ wurde während der Vorwahlen oft indirekt in Bezug auf Obamas Siegeschancen bei den jüdischen Wählern in Florida angesprochen. Schneider, *National Journal*, 8. November 2008.

38 | Martin, *Politico*, 6. November 2008, und MacGillis und Cohen, *Washington Post*, 6. November 2008.

fachste Art organisieren und Wahlkampf für ihn betreiben. Damit ist es zu einer Emanzipation des engagierten Bürgers gekommen, der sich immer medienunabhängiger informieren und über seinen persönlichen Bekanntenkreis, seine Netzwerke, hinaus gleichgesinnte und unabhängige Wähler ansprechen konnte und das auch aktiv getan hat. Damit hat das Internet in Form von Blogs, YouTube und Facebook zum ersten Mal eine umfassende Rolle gespielt und sich vom *new medium* zum *mainstream medium* gewandelt.

Laut dem Pew Internet & American Life Project nutzten 46 Prozent der amerikanischen Bevölkerung Email, Internet oder SMS, um sich über die Wahlen zu informieren, ihre Ansichten anderen mitzuteilen und um andere zu mobilisieren und zu organisieren. Im Vorfeld der Wahlen haben Wähler jeden Tag bis zu 200 000 Einträge zu den Präsidentschaftswahlen im Internet vorgenommen.³⁹ Beachtenswert auch, dass 35 Prozent der Bevölkerung sich politische Videos online angeschaut haben – ein fast dreifacher Zuwachs im Vergleich zu 2004.⁴⁰ Dabei wurden Obamas Videos über 110 Millionen, McCains nur um die 27 Millionen Mal und das Obama-Girl-Video fast zwölf Millionen Mal in ganzer Länge auf YouTube abgespielt.

Zehn Prozent der Bevölkerung haben soziale Netzwerke wie Facebook oder MySpace genutzt, um sich zu informieren oder um am Wahlkampf teilzunehmen.

Weiterhin haben zehn Prozent der Bevölkerung soziale Netzwerke wie Facebook oder MySpace genutzt, um sich zu informieren oder um am Wahlkampf teilzunehmen. Insbesondere ein Drittel aller unter 30-jährigen hat diese Möglichkeit der Teilnahme genutzt. Dabei konnte Obama 3,3 Millionen Freunde bei Facebook und über eine Million bei MySpace zählen. McCain kam auf knapp 600 000 Facebook- und etwas über 200 000 MySpace-Freunde.

Rund elf Prozent der Amerikaner haben am politischen Dialog online teilgenommen, entweder in dem sie eigene Meinungen eingestellt oder die Ansichten ihrer Freunde weitergeleitet haben. Zum Beispiel wurde Vizepräsidentenskandidatin Sarah Palin zwischen dem Zeitpunkt ihrer Nominierung und ihrer Debatte mit Senator Biden bis zu 19 000 Mal täglich in der Blogosphäre erwähnt (Senator Bidens Höchstwert: 10 000 Mal).

39 | Gibson, ABC World News, 3. November 2008.

40 | Smith und Rainie, „The Internet and the 2008 Election,“ Pew Internet & American Life Project, Webseite, 15. Juni 2008.

Auch wenn das Fernsehen weiterhin die wichtigste Informationsquelle bleibt, hat sich das Internet in den vergangenen vier Jahren zum selbstständigen Informationsmedium mit Massenreichweite entwickelt. Damals nutzten zehn Prozent der Bevölkerung das Internet, um sich über das politische Tagesgeschehen zu informieren, dieses Jahr waren es 33 Prozent.⁴¹ Hillary Clinton versuchte, dies auch zu nutzen, indem sie ihre Entscheidung zu kandidieren seinerzeit per YouTube – von Medien ungefiltert – bekanntgab.

Der Kandidat Obama war wie keiner seiner Rivalen bereit, sich der sozialen Netzwerke im Internet zu bedienen, und er war wie kein anderer erfolgreich darin, eine riesige Armee von Sympathisanten zu rekrutieren: über drei Millionen Internetspender und eine Million aktive Freiwillige.⁴² Dabei ist es aber wichtig, die Rolle der Technologie richtig einzuschätzen: entscheidend für seinen Erfolg war die Kombination aus optimistischer, positiver Botschaft und persönlicher Ausstrahlung. Die Technologie erlaubte es ihm und seinen Anhängern „nur“, die politische Botschaft und die Strahlkraft des Kandidaten auf breiter Front unter die Wähler zu bringen. Es bedarf also in erster Linie dieser Voraussetzungen, und insbesondere wohl der charismatischen Führungspersönlichkeit, um eine solche Bewegung zu kreieren und am Laufen zu halten – eine Webseite mit einigen netten *tools* alleine lässt noch keine Herzen höher schlagen.

TOO MAVERICKY FOR HIS OWN GOOD?

Eine Reihe von Faktoren wird für die Niederlage McCains verantwortlich gemacht. So beeindruckte seine Entscheidung, den Wahlkampf im September aufgrund der Finanzkrise zu unterbrechen, die Wähler nicht. Im Gegenteil, seine Kompetenz in Wirtschaftsfragen wurde im Vergleich zu Obama geringer geschätzt. Die Auswahl Sarah Palins als Kandidatin für das Vizepräsidentenamt, die anfangs McCains Chancen zu verbessern schien, führte dazu, dass sich unabhängige Wähler angesichts ihrer gravierenden Wissenslücken gegen ihn entschieden. Gerade diese beiden wichtigen Entscheidungen er-

Die Auswahl Sarah Palins als Kandidatin für das Vizepräsidentenamt, die anfangs McCains Chancen zu verbessern schien, führte dazu, dass sich unabhängige Wähler angesichts ihrer gravierenden Wissenslücken gegen ihn entschieden.

41 | „Internet Now Major Source of Campaign News,” Pew Research Center Publications, Webseite, 31. Oktober 2008.

42 | Greve, McClatchy, 6. November 2008, und Barrish, (Wilmington) *News Journal*, 6. November 2008.

weckten zudem den Eindruck, dass dem *maverick* eine Strategie fehlte und er sich lediglich von Slogan zu Slogan hangelte, um die Berichterstattung kurzfristig zu dominieren.⁴³ In der Folge verlor McCain damit seine Glaubwürdigkeit als unabhängig und strategisch denkender Politiker und bekam so ein weiteres Problem.

Im Sommer überzeugte eine Reihe von McCains Beratern ihn, seine *play-it-safe*-Kampagne aufzugeben und stattdessen eine disziplinierte, aber gewagte Kampagne gegen Obama zu beginnen.⁴⁴ Mit aggressiven Attacken gegen dessen „linkes“ Abstimmungsverhalten und fragwürdige Kontakte sowie dem offenen Appell an die Republikanische Basis sollte eine Niederlage abgewendet werden – mit dem Risiko, einen Erdbebensturz Obamas zu ermöglichen. Ab Juli begann McCain deshalb, sein wohlbekanntes Markenzeichen des gemäßigten, standhaften und erfahrenen *mavericks* abzulegen, obwohl eben jenes Image es ihm bisher ermöglicht hatte, unabhängige Wähler erfolgreich anzusprechen und davon zu überzeugen, kein gewöhnlicher Republikaner zu sein.⁴⁵

McCain setzte nun auf aggressivere Rhetorik und Taktiken, wurde zum Jünger des konservativen Parteiprogramms und setzte letztlich alles auf eine Steuersenkungspolitik, über die er sich selber vorher im Senat lustig gemacht hatte. Damit verlor er an Glaubwürdigkeit, gerade was seine Fähigkeit betraf, überparteilich zu kooperieren, um die anstehenden nationalen Herausforderungen zu bewältigen.⁴⁶

McCains Meinungsforscher Bill McInturff erklärte, dass es schwer war für McCain, unabhängige und gemäßigte Wähler erfolgreich anzusprechen, nachdem er sich für die Truppenaufstockung im Irak ausgesprochen hatte. Den interessanten, untypischen *maverick* konnte man gewissermaßen nicht mehr verkaufen, daher wurde er zum Champion der Steuersenkungen, gegen die er einst selber gestimmt hatte.⁴⁷ Um das Image des *maverick* irgendwie beizubehalten, entschloss

43 | Jackson, *USA Today*, 6. November 2008, und Eskew, *Washington Post*, 6. November 2008.

44 | Mark Salter jedoch widerspricht dem: McCain habe sich nicht aufgrund von ehemaligen Bush-Beratern wie Steve Schmidt verändert. Scherer, *Time.com*, 5. November 2008.

45 | Shear, *Washington Post*, 6. November 2008.

46 | Shear, *Washington Post*, 6. November 2008.

47 | Meckler, *Wall Street Journal*, 7. November 2008.

man sich offenbar, die überraschende, für das Amt des Vizepräsidenten aber schlecht vorbereitete Kandidatin Sarah Palin ins Feld führen.

PALIN: GODSEND OR NIGHTMARE?

Nach der Wahl begann das *blame game* der gegenseitigen Schuldzuweisungen. Ungenannte Quellen innerhalb von McCains Wahlkampfteam sprachen von einem Bürgerkrieg zwischen Palins und McCains Beratern. Ab Mitte September hätten die beiden Politiker wenig miteinander kommuniziert, und ihre Beziehung wurde als „schwierig“ charakterisiert.⁴⁸ Einige seiner Berater waren angeblich schockiert, wie unvorbereitet Palin für ihre Aufgabe war.⁴⁹ Carl Cameron berichtete, dass Palin vor ihrem Interview mit Katie Couric gegen jegliches *coaching* war.⁵⁰ Angeblich begann Palin auch mit den Attacken auf Obamas Verbindungen zu dem ehemaligen Terroristen Bill Ayers, bevor McCain das Thema freigegeben hatte.⁵¹ Diese Angriffe sollten eine Woche später starten, wobei noch unklar war, ob McCain das auch wirklich nutzen wollte. Angesichts solcher Divergenzen ist es dann auch nicht überraschend, dass einige McCain-Berater skeptisch verfolgten, wann immer Palin nicht *on message* war und mehr an ihrer eigenen zukünftigen Kampagne zu arbeiten schien.⁵²

Ungenannte Quellen innerhalb von McCains Wahlkampfteam sprachen von einem Bürgerkrieg zwischen Palins und McCains Beratern.

In der Summe dieser Eindrücke scheint letztlich die Erklärung zu liegen, warum der Wahlkampf McCains unorganisiert, negativ und schlecht geführt erschien. Bemerkenswert ist allerdings noch der Zynismus der McCain-Berater: nachdem es schließlich McCain und seine Berater waren, die sich für Sarah Palin entschieden, sie monatelang als „kompetent“ und „bereit, die Präsidentschaft anzutreten“ dargestellt und letztlich mit einer anti-elitären Botschaft gegen Obama ins Feld geschickt hatten, bezeichneten sie die Kandidatin nach der Niederlage als „Wasilla hillbillies“ – Hinterwäldlerin aus Wasilla, Alaska.⁵³

48 | Bumiller, *New York Times*, 6. November 2008.

49 | *Times* Mark Halperin bei Gibson, *ABC World News*, 6. November 2008.

50 | Reston und Mehta, *Los Angeles Times*, 7. November 2008.

51 | *Newsweek*, 5. November 2008.

52 | *Times* Mark Halperin bei Gibson, *ABC World News*, 6. November 2008.

53 | Brown, CNNs No Bias, No Bull, 6. November 2008.

Mittlerweile hat Sarah Palin jedoch eine nationale Bekanntheit und in gewissen Kreisen auch eine Beliebtheit entwickelt, die ihr die (Spenden-)Basis schaffen sollte, um 2012 wieder zu kandidieren.⁵⁴ Sie hat jetzt Zeit, um sich auf eine Kandidatur vorzubereiten: ihr Verständnis und ihre Kompetenz auf den Gebieten der Haushalts- und Außenpolitik zu verbessern und (wie Mitt Romney) das Land im Namen Anderer Spenden sammelnd und medienwirksam zu bereisen. Dabei wird die Gruppe der sozial-konservativen Anwärter auf die nächste Präsidentschaftskandidatur immer größer: Palin müsste gegen Mike Huckabee antreten, zudem scheint auch eine Kandidatur von Gouverneur Bobby Jindal wahrscheinlich.

IT'S THE LIBERAL MEDIA'S FAULT?

Mark Salter, der engste Vertraute John McCains, ist der Auffassung, dass die Medien nicht fair berichtet hätten. Zwar wäre die Wahl wahrscheinlich trotzdem verloren gegangen, doch habe es zwei verschiedene Standards gegeben: Obama sei als *news story* dieses Wahlkampfes seiner Meinung nach von den Medien bevorzugt worden (McCain lag übrigens während der Kampagne im Wahljahr 2000 in der Gunst der Presse von). Der zugrunde liegenden Logik für diese positive Befangenheit konnte sich Salter selber nur bedingt entziehen – dank einer direkten und indirekten Favorisierung Obamas konnten wir alle etwas zur Verbesserung der Rassenbeziehungen in den USA beitragen, meinte er selbst.⁵⁵

Obama sei als *news story* dieses Wahlkampfes von den Medien bevorzugt worden, so der McCain-Vertraute Mark Salter.

Der den Demokraten nahestehende Autor Thomas Frank kritisiert diese Versuche von McCains Lager, die Medien für die Niederlage zumindest teilweise verantwortlich zu machen. Bisher war es meist die Republikanische Parteibasis, die sich über die „linken Medieneliten“ beschwerte. Jetzt aber stimmte ausgerechnet McCains Spitze in das Klagelied ein. Dabei hatte McCain wie kein anderer Republikanischer Kandidat den Medien viel zu verdanken, hatten diese ihn doch im Sommer 2007 nicht abgeschrieben, als seine Kampagne am Boden war. Derweilen hatte sich Palin gar überzeugt, dass die Presse ihr Recht auf Redefreiheit verletzt hatte, als man ihre At-

54 | Eine Senatsoption scheint unwahrscheinlich, da sie eine Vorwahl gegen die (mittlerweile) in Alaska beliebtere Republikanische Senatorin Lisa Murkowski bestehen müsste.

55 | Simon, *Politico*, 6. November 2008.

tacken gegen Obama wegen dessen Verbindungen zu dem ehemaligen Terroristen Bill Ayers als *negative attacks* bezeichnete.⁵⁶ (Dass die von ihr in diesem Zusammenhang zitierten *first amendment rights* auch das Recht auf eine freie Presse schützen, wurde von ihr dabei ignoriert.)

Howard Kurtz, der in der *Washington Post* u.a. die Medienberichterstattung verfolgt, kam zu dem Schluss, dass Zeitungsjournalisten nicht so kritisch wie möglich mit dem Kandidaten Barack Obama umgegangen waren.⁵⁷ Bereits Hillary Clinton hatte während einer Debatte zu Zeiten der Vorwahlen die Moderatoren sarkastisch gefragt, ob sie Senator Obama vielleicht noch ein Kissen anbieten wollten. Andererseits muss eingeräumt werden, dass McCains Kampagne ein reges Interesse für seine Überraschungskandidatin erzielen wollte – es konnte nicht ernsthaft erwartet werden, dass der Medienrummel nur positiver Art sein würde.

Gerade die Kombination aus a) einer unbekanntem Kandidatin, die b) gegebenenfalls sogar Präsidentin werden müsste, und c) zunächst vor den Medien abgeschirmt wurde, zwang die Medien dazu, ihrer demokratischen Pflicht nachzukommen und in Wasilla nach Material über die Kandidatin zu suchen. Als man dann fündig wurde und die Gouverneurin bloßstellte – man denke an die „bridge to nowhere“, gegen die sie angeblich gewesen war –, nahm man sie so hin, bis die blamablen Interviews mit Katie Couric berechtigte Zweifel an der Kompetenz der Kandidatin aufkommen ließen.

Das Ausmaß des Medieninteresses an Sarah Palin wurde also einerseits durch den großen Bedarf an Informationen über die Kandidatin hervorgerufen, andererseits bot sich den Medien aber auch keine wirkliche Alternative zu dem Quotenbringer Palin – Senator Biden war seit über 30 Jahren eher für langatmige Reden bekannt.

Das Ausmaß des Medieninteresses an Sarah Palin wurde einerseits durch den großen Bedarf an Informationen über die Kandidatin hervorgerufen, andererseits bot sich den Medien aber auch keine wirkliche Alternative zu dem Quotenbringer Palin.

STILL A CENTER-RIGHT COUNTRY?

Handelte es sich bei der Wahl Obamas um eine befreiende nationale Katharsis mit Neuausrichtung der politischen Landschaft oder nur um eine temporäre Abkehr von der Republi-

56 | Frank, *Wall Street Journal*, 5. November 2008.

57 | Kurtz, *Washington Post*, 10. November 2008.

kanischen Partei aufgrund ihres innen- und außenpolitischen Versagens? Die USA bleiben weiterhin eine *center-right*-Nation, jedoch haben die Republikaner die politische Mitte zeitweilig an die Demokraten verloren. Diese haben jetzt die Chance, eine beständige Mehrheit daraus zu schmieden.

Auch wenn die Wahlbeteiligung keinen Rekord gebrochen hat, so konnte Barack Obama dabei einen Stimmenvorsprung von knapp 7,5 Millionen verzeichnen. Dieser Vorsprung würde jedoch kein Mandat darstellen, um umfassende „linke“ Reformen durchzusetzen, da die USA weiterhin eine *center-right*-Nation seien, so eine Reihe von Republikanischen Beratern. Laut Newt Gingrich hätte der vor kurzem noch als „Sozialist“ bezeichnete Obama mit einem „linken“ Programm nicht gewonnen. Der Republikanischen Partei wurde lediglich eine Abfuhr aufgrund der schlechten Ergebnisse ihrer Regierung erteilt.⁵⁹ Stuart Rothenberg stimmte ihm zu: in einem Wahljahr mit solch einem wirtschaftlichen und politischen Klima handelte es sich bei dem Ergebnis nicht um einen Erdrutschsieg oder anderweitigen Beweis für eine neue dominante politische Koalition.⁶⁰

Sowohl der konservative Bill Kristol als auch der Meinungsforscher Bill Clintons, Doug Schoen, sahen das ähnlich. Sie verwiesen dabei auf die Selbsteinschätzung der Wähler, die sich zu 44 Prozent als gemäßigt, zu 34 Prozent als konservativ und zu 22 Prozent als links beurteilten. Im Jahr 2004 waren es fast genau die gleichen Werte: 21 Prozent schätzten sich als links, 45 Prozent als moderat und 34 Prozent als konservativ ein. Damals konnte Kerry bei den moderaten Wählern nur einen Stimmenvorteil von neun Prozent gegenüber Präsident Bush erzielen – dieses Jahr Obama gegen McCain jedoch stattliche 21 Prozent.

Daher wäre es für *President-elect* Obama empfehlenswert, die politische Mitte zu bedenken, um langfristig Erfolg zu haben und eine beständige Demokratische Mehrheit zu kreieren.⁶¹ Bereits in zwei Jahren werden sich die neu gewählten Demokratischen Abgeordneten aus den konservativeren Wahlbezir-

58 | Nagourney, *New York Times*, 5. November 2008, sowie Weisman und Meckler, *Wall Street Journal*, 5. November 2008.

59 | O’Neal, *Indianapolis Star*, 7. November 2008.

60 | Rothenberg, *Roll Call*, 10. November 2008.

61 | Kristol, *Fox News*, 4. November 2008, und Schoen, *New York Daily News*, 6. November 2008.

ken wieder zur Wahl stellen müssen.⁶² Die konservative Organisation Club for Growth erinnerte bereits daran, dass die Wähler, die Obama zum Sieg verholfen haben, auch weiterhin weniger Regierung präferieren: d.h. weniger Steuern, Ausgaben und Regulierung.⁶³

Die konservative Organisation Club for Growth erinnerte bereits daran, dass die Wähler, die Obama zum Sieg verholfen haben, auch weiterhin weniger Regierung präferieren: d.h. weniger Steuern, Ausgaben und Regulierung.

Innenpolitisch wird allerdings erwartet, dass er den Gewerkschaften mehr Freiheiten gewähren, eine nationale Krankenversicherung einführen, linksgesinnte Richter benennen sowie die Steuersätze der oberen Einkommensschichten erhöhen werde.⁶⁴ Industrie- und Dienstleistungsunternehmen dürfen mit mehr Regelwerk und Kontrolle, arbeitnehmerfreundlichen Maßnahmen sowie steigenden Sozialausgaben rechnen.⁶⁵ Derweilen hoffen die Republikaner, dass die Demokraten wie bereits 1964, 1976 und 1992 nach klaren Siegen über ihr Ziel hinausschießen werden und in den kommenden Zwischenwahlen eine herbe Niederlage erleiden müssen.⁶⁶

Gerade weil Obama mit dem „curse of lofty expectations“ belegt scheint, ist es mittlerweile im Ausland wieder „cool,“ ein Amerikaner zu sein. Ähnlich positiv fühlen sich die Amerikaner auch zuhause, wo in Umfragen bereits 28 Prozent meinten, dass er ein großartiger Präsident, und 34 Prozent, dass er ein guter Präsident sein werde.⁶⁷ Die Schnelligkeit, mit der der *President-elect* Obama seine zukünftige Regierung zusammengestellt hat, und deren politische Ausgewogenheit deuten an, dass sein perfekter Wahlkampf nun ausgeweitet und er weiterhin verschiedenen Meinungen Gehör schenken wird.

62 | Sands, *Washington Times*, 4. November 2008.

63 | Toomey, *Wall Street Journal*, 6. November 2008.

64 | Hook, *Los Angeles Times*, 6. November 2008.

65 | Hall, McClatchy, 6. November 2008.

66 | Editorial, *Wall Street Journal*, 5. November 2008.

67 | Quinnipiac University-Umfrage, 6.–10. November 2008.